

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 25. September 1961

Blatt 1955

Zusammenarbeit zwischen Bund und Gemeinde

=====

25. September (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 24. September, über die Notwendigkeit einer Koordination der Planungsabsichten zwischen den Dienststellen des Bundes und der Stadtverwaltung.

Der Bürgermeister führte aus: "Nach den Sommerferien habe ich heute zum erstenmal Gelegenheit, in meiner Sendereihe zu Ihnen zu sprechen. Ich hoffe, daß Sie sich in der Ferien- und Urlaubszeit gut erholt haben und - soweit Sie Ihren Urlaub außerhalb Wiens verbracht haben - Eindrücke von anderen schönen Landschaften sammeln konnten. Ich weiß aber, daß nicht alle Wiener wegreisen konnten, sei es aus familiären oder gesundheitlichen Gründen, sei es, daß trotz aller Konjunktur die Briefftasche doch zu schmal war, um eine Urlaubsreise zu unternehmen. Sie haben in ihrem Schrebergarten, in den öffentlichen Park- und Gartenanlagen und - wie ich hoffe - auch im Wienerwald keinen so schlechten Ersatz für einen auswärtigen Urlaub gefunden.

Nun ist aber die Zeit des Urlaubs und der Ferien vorbei. Der Alltag mit seinen großen und kleinen Pflichten nimmt uns wieder voll in Anspruch, die Kinder haben sich in der Schule auch bereits eingelebt. Also scheint alles in bester Ordnung zu sein.

Leider ist das nicht der Fall! Die große Welt war schon lange nicht so unruhig und voller Spannungen wie jetzt. Wir

./.

könnten uns - auch wenn wir es wollten - den Wirkungen dieser internationalen Schwierigkeiten nicht entziehen, und müssen sie deshalb sehr genau beachten. Wir sind ein neutrales Land und haben sicher alle Ursache, uns aus dem Streit der Großmächte herauszuhalten. Trotzdem dürfen auch wir nicht schweigen, wenn in der Welt Dinge geschehen, die neuerlich Angst und Furcht hervorrufen. Würden zum Beispiel die Atombombenversuche die Erdatmosphäre verseuchen, so nützt uns unsere Neutralität gar nichts, weil die radioaktive Luft vor unseren Grenzen nicht halten machen würde. Das ist nur eines der Beispiele, wie der "kalte Krieg" zwischen den Großmächten die kleinen Staaten nicht verschont. Leider gibt es aber auch noch eine Reihe anderer Komplikationen und gerade ihre Häufung macht das Finden von Lösungen so schwer. Wenn ich Sie in diesem Zusammenhang an das Deutschland- und Berlinproblem erinnere, an die langwierigen Schwierigkeiten in Algerien und im Kongo, so ist dies nur ein Teil der Sorgen, die die ganze Welt beschäftigen. Der tragische Tod des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, ist für die Vereinten Nationen ein schwerer Schlag. Diese Organisation, die die Krisen in der Welt lösen soll, ist nun in der Gefahr, selbst in eine schwere Krise zu geraten. Es muß verhindert werden, daß diese hoffnungsvolle Weltorganisation, die nach dem zweiten Weltkrieg trotz aller vorhandenen Mängel doch immer wieder den Frieden retten konnte, ihren Einfluß und ihre Kraft verliert. Unser Land ist wohl zu klein und zu einflußlos und kann deshalb in den Gang der Ereignisse nicht direkt eingreifen. Und doch müssen wir jede Gelegenheit benützen, um unseren, wenn auch noch so bescheidenen Beitrag für die Erhaltung des Friedens und für den Sieg der Vernunft und der Menschlichkeit zu leisten.

Sie werden mich nun fragen, was die Österreicher und die Wiener beitragen können. Vor allem müssen wir versuchen, in unserem eigenen Lande Störungen und Schwierigkeiten zu beseitigen und unser eigenes Haus in Ordnung zu halten. In der gegenwärtigen Situation können wir uns den Luxus von selbstverschuldeten Schwierigkeiten nicht leisten und deshalb entspricht es ganz einfach dem gesunden Menschenverstand, wenn alles unternommen wird, um den erfolgreichen Aufbau unseres Landes ungestört fortzusetzen.

Niemand wird behaupten, daß es bei uns nicht auch offene Probleme gibt, die aus den verschiedenen Interessen der Wirtschafts- und Berufsgruppen entstehen. Es ist auch begreiflich, daß diese Probleme manchesmal auf die gegensätzlichen Auffassungen der politischen Parteien zurückzuführen sind. Aber in all den Jahren seit 1945 ist unsere Heimat öfter vor ähnlichen Situationen gestanden, und es war bisher noch immer möglich, in Zusammenarbeit der beiden großen Parteien die Schwierigkeiten zu meistern. Trotz allen gegensätzlichen Auffassungen haben sich der gute Wille und die echte Verständigungsbereitschaft durchgesetzt und damit wurde ein Weg zur Lösung gefunden, der allen Beteiligten tragbar schien. Nichts hindert uns, daß wir diese erprobte Methode auch in der gegenwärtigen gespannten Lage anwenden, ohne dabei auf die gesunden und demokratischen Formen des Auseinandersetzens und Zusammenstrebens verzichten zu müssen. Von diesem Gesichtspunkt sollten die Richtlinien für die kommenden Arbeiten der öffentlichen Körperschaften bestimmt sein.

In wenigen Wochen wird der Nationalrat das Budget für 1962 zu behandeln haben. Schon jetzt wird in den Ministerien das Budget ausgearbeitet, wobei den Wünschen der verschiedenen Interessengruppen Rechnung getragen werden soll. Vom Standpunkt des Kommunalpolitikers muß ich daran erinnern, daß in den vergangenen zwei Jahren der Wohnungsbau im Bundesbudget zu kurz gekommen ist, obwohl die Regierungserklärung eine Vermehrung des Wohnungsbaues von 40.000 auf 50.000 Wohnungen jährlich versprach. Im Interesse der Wohnungssuchenden, vor allem der jungen Ehepaare, muß die dringende Forderung erhoben werden, im kommenden Jahr für den Wohnungsbau mehr Bundesmittel zur Verfügung zu stellen, um das Versprechen der Regierungserklärung einzulösen.

Die Zusammenstellung des Budgets ist keine leichte Aufgabe und erfordert viel Geduld, weil die Wünsche und Forderungen der verschiedenen Wirtschaftskreise gegeneinander abgewogen werden müssen, um einen gerechten Ausgleich zu erzielen, der den Wünschen aller Bevölkerungskreise möglichst entgegenkommt.

Wenn aber mit jener Klugheit gehandelt wird, die der jetzigen gespannten Weltsituation entspricht, wird unser kleines Land wieder einmal beweisen, daß der soziale Fortschritt dann allen zugute kommt, wenn er mit dem sozialen Frieden verbunden ist. Damit erhält unsere Bevölkerung wieder **ein Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit** und wird letzten Endes auch widerstandsfähiger gegen die Gefahren, die aus der unruhigen Weltlage entstehen könnten.

Der Wiener Gemeinderat wird neben den üblichen Aufgaben heuer noch zwei große Probleme zu behandeln haben. Das eine ist das Budget, das im Dezember auf die Tagesordnung kommt, und das andere ist das städtebauliche Grundkonzept, das der Stadtplaner, Prof. Dr. Rainer, auftragsgemäß dem Wiener Gemeinesrat im Juni dieses Jahres vorlegte. Ich habe unmittelbar nach der Gemeinderatssitzung in meiner Sendung zu einigen grundsätzlichen Gedanken der Stadtplanung Stellung genommen und gezeigt, wie vielfältig die Aufgaben sind, wie sie aber von den Gegebenheiten der Natur und der Gesetzeslage abhängig sind. Das kann dazu führen, daß die Planungsaufgaben gerade an empfindlichen Stellen beschränkt werden und die Gemeinde in ihrer Planungshoheit verkürzt wird. Es handelt sich zum Beispiel um jene Fälle, in denen der Bund für seine Zwecke Bauwerke errichtet. Die Zuständigkeit der Wiener Bauordnung bei der Errichtung von Bundesbauten ist nicht ganz geklärt. Auf jeden Fall verfügen die Bundesdienststellen oft über ein hohes Maß von Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Diese Tatsache ist geschichtlich leicht zu erklären. Es ist verständlich, daß bei der Errichtung eines Bahnhofes oder einer Kaserne am Rande einer kleinen Stadt eine Baubewilligung seitens der Gemeinde nicht notwendig war. Auch der Bau eines Gerichtsgebäudes oder Amtshauses inmitten einer kleineren Gemeinde dürfte kaum irgendwelche Schwierigkeiten hinsichtlich der Stadtplanung mit sich gebracht haben. Anders aber in einer Millionenstadt wie Wien. Hier bestehen nicht einige wenige, sondern viele hunderte Bauten des Bundes und es werden immer noch neue errichtet, womöglich an städtebaulich sehr bedeutenden Stellen, wobei dann das komplizierte Gefüge unserer Großstadt stark beeinflusst wird. Natürlich wird bei allen auftretenden Schwierigkeiten versucht, im

Verhandlungswege zwischen allen beteiligten Ämtern eine Lösung zu finden. Nur ist diese Methode nicht einfach, weil nicht eine, sondern mehrere Bundesdienststellen mit Bau- und Grundstücksangelegenheiten in Wien beschäftigt sind. In erster Linie handelt es sich um die Dienststellen des Handelsministeriums, des Verkehrsministeriums und des Landesverteidigungsministeriums. Es ist begreiflich, daß sie die eigenen Interessen so weit wie möglich zu wahren haben. Das sollte aber nicht dazu führen, daß Lösungen versucht werden, die im offenkundigen Widerspruch zu den Gesamtinteressen der Stadt stehen. In einem solchen Fall sollten sich die Einzelwünsche den übergeordneten Interessen der gesunden Stadtentwicklung unterordnen lassen.

In der Stadtplanung spielen die Verkehrsprobleme eine entscheidende Rolle. Auch in dieser Beziehung ist die Gemeinde Wien von den Bauabsichten des Bundes abhängig. Am deutlichsten zeigt sich das in der seit vielen Jahren diskutierten Einführung der Autobahn nach Wien. Es kann nämlich für die Bewältigung der innerstädtischen Verkehrsprobleme nicht gleichgültig sein, an welchen Stellen der Überlandverkehr in die Stadt einströmt, denn dort soll er ja die günstigsten Verteilungs- und Anschlußmöglichkeiten haben, um das Ziel innerhalb der Stadt rasch und sicher zu erreichen. Aus diesem Grunde bemüht sich die Gemeinde, auf die Planung der Autobahn im Raume Wiens Einfluß zu gewinnen und die Absichten des Handelsministeriums auf die Bedürfnisse der Stadt Wien abzustimmen. Wenn das nicht geschieht, könnte ein nicht mehr gut zu machender Schaden entstehen und viele Millionen Schilling würden nutzlos ausgegeben werden. Unsere Großstadt ist als wirtschaftlicher Schwerpunkt und als Ausgang und Ziel des in- und ausländischen Verkehrs nicht zu vergleichen mit einer beliebigen kleineren Stadt und deshalb muß man ihre Lebensnotwendigkeiten auch bei der Planung der Autobahn unbedingt berücksichtigen.

Darf ich noch ein anderes Beispiel anführen, das zeigen soll, daß die Gemeinde nicht immer nach eigenem Ermessen handeln kann, sondern die Kompetenzen anderer Behörden zu respektieren hat. Als vor vielen Jahrzehnten in Wien die Kasernen gebaut wurden, gab es nur Fußgeher und Pferdefuhrwerke, auch beim Militär! Seither hat die Bauentwicklung diese Kasernen überrollt,

die meisten sind mitten im verbauten Gebiet. Die Motorisierung hat vor den Kasernen nicht halt gemacht. Zu dem gewachsenen normalen Großstadtverkehr kommen die motorisierten Einheiten des Bundesheeres und tragen zu einer weiteren Verdichtung des Verkehrs bei. Deshalb der dringende Wunsch, in die Auflockerung der Stadt auch die künftigen Kasernenbauten einzubeziehen und sie in die Außenbezirke zu verlegen, wo genügend Raum zur Verfügung steht und die Verkehrsprobleme noch wesentlich leichter zu lösen sind.

Ich könnte noch andere Beispiele anführen, die uns zeigen, daß in vielen Fällen ein Zusammenwirken zwischen den Dienststellen des Bundes und der Gemeinde unbedingt notwendig ist. Das bezieht sich auf die Verkehrsbauten des Bundes ebenso wie auf seine Schulbauten, auf die Wiener Bundesgärten und Amtsgäude. Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, betone ich ausdrücklich, daß die Gemeinde Wien selbstverständlich jedes Interesse hat, daß der Bund seine Aufgaben in Wien erfüllen kann. Die Stadtverwaltung hat dieses Interesse in mehreren Fällen auch dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie zur Beschleunigung der Bundesaufgaben Vorfinanzierungen ermöglicht hat.

In unserer Stadtplanung spielt der Wienerwald als Erholungsgebiet für die Millionenstadt eine große Rolle. Er ist deshalb in seinem Bestand durch Gesetze geschützt. Aber wie schlecht wäre es darum bestellt, würde an den Stadtgrenzen, auf niederösterreichischem Gebiet, der Schutz des Wienerwaldes aufhören und dort andere Planungsabsichten durchgeführt werden. In diesem Falle, wo es um die Erhaltung des Wienerwaldes geht, sind wir begreiflicherweise an einer einvernehmlichen Planung mit dem Lande Niederösterreich sehr interessiert und erfreulicherweise besteht in dieser Beziehung eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

In den kommenden Wochen werden Sie noch einige Male Gelegenheit haben, in den Zeitungen, in Diskussionsabenden und im Rundfunk manches Aktuelle über die Stadtplanung zu hören. Ich bin überzeugt, daß Sie sich dafür sehr interessieren werden, weil es sich doch um die Zukunft unserer Stadt handelt."

Die Wasserversorgungslage
=====

25. September (RK) Dank der Disziplin der Wiener Bevölkerung, und wahrscheinlich auch weil gestern Sonntag war, hat sich die Situation der Wiener Wasserversorgung dadurch gebessert, daß die Behältervorräte aufgefüllt werden konnten. Es stehen insgesamt 460.000 Kubikmeter Wasser in den Wiener Behältern und in Neusiedl zur Verfügung. Der Verbrauch betrug gestern 350.000 Kubikmeter, das sind 226 Liter pro Kopf. Leider sinken jedoch auch die Zuflüsse weiterhin ständig. Gestern kamen nurmehr 319.000 Kubikmeter Wasser nach Wien. Außerdem ist damit zu rechnen, daß mit heutigem Tag, den Beginn der Arbeitswoche, die Behältervorräte wieder geringer werden. Die Wasserwerke müssen daher die Wiener bitten, weiterhin die Sparmaßnahmen einzuhalten. Sobald jede Gefahr vorüber ist, werden die Beschränkungen selbstverständlich sofort aufgehoben werden.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"
=====

25. September (RK) Dienstag, den 26. September, Route 2 mit Besichtigung des Strandbades Stadlau, des Reservegartens in Hirschstetten und der Freihofsiedlung sowie anderer städtischer Einrichtungen und Wohnhausanlagen. Abfahrt vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, um 14 Uhr.

Mittwoch, den 27. September, Route 3 mit Besichtigung der Assanierung von Alt-Ottakring, der Baustellen Wilhelminenspital und Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig, des Jugendgästehauses Hütteldorf-Hacking und des Verkehrsbauwerkes Südtiroler Platz sowie anderer städtischer Einrichtungen und Wohnhausanlagen. Abfahrt vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, um 14 Uhr.

- - -

Ein Wochenende der Eröffnungen:Sonderschule und Wohnhausanlagen
=====

25. September (RK) Das kommende Wochenende steht bei der Wiener Gemeindeverwaltung wieder einmal im Zeichen von Eröffnungen. Am Samstag, dem 30. September, wird Bürgermeister Jonas um 9 Uhr die allgemeine Sonderschule der Stadt Wien in der Franklinstraße in Floridsdorf eröffnen. Kurze Zeit später, um 10 Uhr, wird im selben Bezirk, An der oberen Alten Donau, eine Wohnhausanlage vom Bürgermeister offiziell ihrer Bestimmung übergeben, und um 11 Uhr ist der Treffpunkt in der Brigittenau in der Griegstraße, wo ebenfalls eine Wohnhausanlage eröffnet werden wird.

- - -

"Die Gemeinnützigkeit der Sparkassen"
=====

25. September (RK) Die Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft hat den Generaldirektor der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, Dr. Josef Neubauer, zu einem Vortrag über "Die Gemeinnützigkeit der Sparkassen" eingeladen. Der Vortrag beginnt morgen Dienstag, den 26. September, um 15.30 Uhr, im Großen Saal der Neuen Repräsentationsräume des Wiener Rathauses.

- - -

Entfallende Sprechstunden
=====

25. September (RK) Dienstag, den 26. September und Dienstag, den 3. Oktober, entfallen die Sprechstunden beim Amtsführenden Stadtrat für das Wohlfahrtswesen, Maria Jacobi.

- - -

Bürgermeister Jonas begrüßte den Kongreß der Elektrogroßhändler
=====

25. September (RK) Heute begann in Wien der Kongreß der Rundfunk-, Fernseh- und Phonogroßhändler, an dem Delegierte aus elf europäischen Staaten teilnehmen. Vor der Eröffnung des Kongresses machten die Leiter der Delegationen dem Wiener Rathaus ihre Aufwartung.

Bürgermeister Jonas hieß die Kongreßteilnehmer im Namen der Stadt Wien herzlich willkommen und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Sektion "Radio-Fernsehen" des Verbandes österreichischer Elektrogroßhändler mit der Durchführung dieses Kongresses beauftragt wurde. Die Aufgabe, die der Elektrogroßhandel zu erfüllen hat, nämlich der Bevölkerung die modernsten Nachrichten- und Bildungsmittel zu beschaffen, ist von großer Bedeutung. Wenn der Handel stets das Beste und Neueste auf den Markt bringt, leistet er gute Dienste.

Im Namen der Delegierten dankten der Kongreßpräsident Reischer und der Leiter der Abordnung aus der Bundesrepublik Deutschland Panke, Hannover, für den herzlichen Empfang im Wiener Rathaus.

- - -

Deutsche Bürgermeister kommen nach Wien
=====

25. September (RK) 25 Bürgermeister und Stadtdirektoren aus dem Landkreis Düsseldorf-Mettmann treffen heute abend zu einem viertägigen Aufenthalt in Wien ein. Die deutschen Bürgermeister wollen bei ihrer Studienreise die kommunalen Einrichtungen unserer Stadtverwaltung kennenlernen. Sie interessieren sich vor allem für Fürsorgefragen und Wohnungs- und Schulprobleme.

Morgen Dienstag werden die deutschen Kommunalpolitiker das historische Wien kennenlernen; die übrigen Tage ihres Aufenthaltes sind dem Studium der Wiener kommunalen Einrichtungen gewidmet.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 25. September

=====

25. September (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 8 Ochsen, 8 Stiere, 73 Kühe, 1 Kalbin, Summe 90. Neuzufuhren Inland: 137 Ochsen, 227 Stiere, 577 Kühe, 132 Kalbinnen, Summe 1.073. Gesamtauftrieb: 145 Ochsen, 235 Stiere, 650 Kühe, 133 Kalbinnen, Summe 1.163. Verkauft wurden: 142 Ochsen, 234 Stiere, 639 Kühe, 132 Kalbinnen, Summe 1.147. Unverkauft blieben: 3 Ochsen, 1 Stier, 11 Kühe, 1 Kalbin, Summe 16.

Preise: Ochsen 9.50 bis 12.70 S, extrem 12.80 bis 13.50 S, Stiere 10.50 bis 10.70 S, extrem 12.80 bis 13.20 S, Kühe 7.80 bis 10.20 S, extrem 10.30 bis 11.20 S, Kalbinnen 11 bis 12.20 S, extrem 12.30 bis 12.50 S; Beinlvieh Kühe 6 bis 7.70 S, Ochsen und Kalbinnen 8 bis 10 S.

Bei unveränderter Qualität ermäßigte sich der Durchschnittspreis bei Ochsen und Stieren um je einen Groschen, bei Kalbinnen um 15 Groschen je Kilogramm und blieb bei Kühen unverändert. Er beträgt für Ochsen 11.37 S, für Stiere 11.85 S, für Kühe 8.59 S, für Kalbinnen 11.27 S; Beinlvieh notierte unverändert.

In der Zeit vom 16. bis 22. September wurden 210 Rinder außer Markt angeliefert.

- - -

Die 47. Filiale der Zentralsparkasse
=====

25. September (RK) Einer der größten Wiener Geschäftsbezirke, Mariahilf, hatte bisher keine Filiale der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Wohl gibt es eine Zweigstelle "Mariahilf", doch befindet sich dieses Lokal außerhalb der Bezirksgrenzen. Nun hat die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien auch im 6. Bezirk eine Zweiganstalt errichtet, die vorderhand jedoch nur provisorischen Charakter trägt. Die Filiale befindet sich in der Gumpendorfer Straße 153. Heute mittag wurde die neue Zweiganstalt von Direktor Kostron eröffnet, der auf den provisorischen Charakter der Lokalitäten hinwies; doch will man erst die Wünsche des Publikums genau kennenlernen.

Bezirksvorsteher Krammer hob die großen Aufgaben der Sparkassen im allgemeinen hervor, die besonders im Zeitalter der Konjunktur zur Förderung des Spargedankens beitragen sollen. Im besonderen begrüßte er die Errichtung einer Filiale der Zentralsparkasse in seinem Bezirk und wünschte dem Institut einen guten geschäftlichen Erfolg.

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der laufenden Woche
=====

25. September (RK) In der laufenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Mittwoch, den 27. September:

18.15 Uhr, Innere Stadt, Wipplingerstraße 8.

Freitag, den 29. September:

16.00 Uhr, Penzing, 13, Hietzinger Kai 1, kleiner Sitzungssaal.

- - -